

Taiwan als Demokratievorbild in Asien

Hoffnungsvolle Entwicklung der Inselrepublik unter dem Damoklesschwert militärischer Bedrohung durch die Volksrepublik China

Frédéric Krumbain

Seit Aufhebung des Kriegsrechts 1987 hat sich Taiwan in beeindruckendem Tempo zu einer reifen Demokratie entwickelt. Anfang 2016 gewann die Kandidatin der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), Tsai Ing-wen, die Präsidentschaftswahlen. Während ihrer bisherigen Amtszeit folgten Meilensteine für die Achtung der Menschenrechte, etwa die Aussetzung der Todesstrafe. Allerdings steht die Entwicklung in Taiwan im Kontrast zur zunehmend autoritären und nationalistischen Herrschaft unter Xi Jinping auf dem chinesischen Festland. Die sich weiter vertiefende politische Kluft zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße erhöht das Konfliktpotential.

Die Wahlen vom 16. Januar 2016 in der Republik China, wie Taiwans offizieller Name lautet, ergaben zum ersten Mal eine Parlamentsmehrheit für die DPP und brachten die erste Frau an die Spitze der Regierung. Die Republik China ist die bislang einzige chinesische Demokratie. Als Nachfolgestaat des chinesischen Kaiserreichs 1912 von Sun Yat-sen gegründet, wurde sie von 1928 bis 1975 autoritär von Chiang Kai-shek regiert. Nach der Niederlage im Bürgerkrieg gegen die Truppen der chinesischen Kommunistischen Partei 1949 sah sich die Republik auf das Territorium Taiwans und einige kleine Inseln zurückgedrängt.

Erst nachdem Chiang Kai-sheks Sohn 1987 das Kriegsrecht aufgehoben hatte, begann ein Prozess der Liberalisierung, der in die ersten freien Wahlen 1992 mündete. Seitdem ist Taiwan zu einer der lebendig-

sten Demokratien Asiens avanciert. Mit 9,53 auf einer Skala bis zehn führt Taiwan den Bertelsmann Transformation Index für 2016 an und lässt damit Südkorea sowie die ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsländer hinter sich. Der Index bildet die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung in 129 Entwicklungs- und Transformationsländern ab, die über zwei Millionen Einwohner aufweisen und 1989 kein Mitglied der OECD waren. In ihrem Weltbericht 2018 zu politischen und bürgerlichen Menschenrechten bewertet die internationale Nichtregierungsorganisation Freedom House Taiwan mit 93 von 100 möglichen Punkten. Hinter Japan (96) rangiert Taiwan in Asien auf dem zweiten Platz und liegt zudem vor Frankreich (90) und den USA (86).

Ein Vorbild ist Taiwan auch im Hinblick auf die Rolle von Frauen in der Politik.

Präsidentin Tsai ist das erste weibliche Staatsoberhaupt der Insel und überdies keine Angehörige oder Ehefrau eines bekannten Staatsmannes, wie sonst in asiatischen Staaten üblich, in denen Frauen höchste Staatsämter bekleiden. Zudem sind 38% der taiwanischen Parlamentsabgeordneten Frauen. Damit liegt das Parlament in Taipeh weit über dem globalen Durchschnitt von 22% und weist auch einen höheren Frauenanteil auf als der Deutsche Bundestag.

Zudem hat das 15-köpfige Verfassungsgericht 2017 entschieden, dass bis Mai 2019 die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt werden muss. Maßgeblich dafür waren sieben von Tsai neu ernannte Richter, darunter der Vorsitzende. Damit wird Taiwan voraussichtlich Asiens erstes Land mit der Ehe für alle sein. Dieses Urteil zeigt, dass die Gesellschaft in puncto LGBTQ-Rechte vergleichsweise progressiv denkt, auch wenn Diskriminierung in Teilen der Bevölkerung weiterhin gang und gäbe ist.

Seit die Volksrepublik China 1971 den Platz der Republik China in den Vereinten Nationen (VN) eingenommen hat, ist Taiwan dort kein Mitglied mehr und kann darum keine internationalen Menschenrechtsverträge ratifizieren. Trotzdem hat es in den letzten Jahren bislang sechs der neun sogenannten Kern-Menschenrechtsverträge der VN in nationales Recht überführt. Dazu zählen die beiden zentralen Pakte über bürgerliche und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Ferner verfügt Taiwan über die größte Meinungs- und Pressefreiheit aller asiatischen Staaten. Auch deshalb wurde die Insel 2017 Heimstatt des ersten Asien-Büros der Organisation Reporter ohne Grenzen.

Außerdem hat die neue Regierung ein stilles Moratorium für die Todesstrafe verhängt, so dass seit ihrem Amtsantritt im Mai 2016 niemand mehr hingerichtet wurde. 2017 war damit das erste Jahr seit 2009 ohne Exekutionen. Da aber nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung die Todesstrafe befürwortet, gibt es weder ein offizielles Moratorium noch Diskussionen über die Anwendung der Todesstrafe, sondern

nur die stillschweigende Absicht der Regierung, diese Strafform nach Möglichkeit nicht mehr anzuwenden.

Schließlich bemüht sich die Regierung darum, vergangene Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten. Im August 2016 hat Präsidentin Tsai Taiwans indigene Bevölkerung um Verzeihung für erlittenes Unrecht gebeten, etwa für Vertreibungen aus angestammten Gebieten. Während der Diktatur Chiang Kai-sheks und später seines Sohnes wurden zudem Zehntausende Taiwaner inhaftiert, gefoltert und getötet. Die Regierung treibt die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen voran, etwa mit Hilfe einer eigens geschaffenen Kommission.

Neben der (zurzeit nicht angewandten) Todesstrafe kritisieren Menschenrechtsorganisationen häufig drei Missstände bei Taiwans Menschenrechtslage: die Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte vor allem aus Süd- und Südostasien, die zum Teil unter ausbeuterischen Verhältnissen auf Fischerbooten und in Privathaushalten arbeiten, das Fehlen des Rechts auf Asyl sowie die Nichtexistenz einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution, vergleichbar dem Deutschen Institut für Menschenrechte. Zwar diskutiert Taiwans Parlament seit längerem darüber, das Asylrecht einzuführen. Befürchtet wird indes, dass dann zahlreiche Festlandchinesen um Asyl bitten könnten und dessen Gewährung womöglich die Volksrepublik provoziert. Ein großes Problem im demokratischen System ist auch die starke Polarisierung zwischen den beiden größten Parteien DPP und KMT.

Demokratie als Teil von Taiwans Identität

Anders als über die eigene Identität herrscht in Taiwan Einigkeit über die Demokratie als Herrschaftsform. Nicht mehr als fünf Prozent der Bevölkerung halten die rasche Wiedervereinigung mit Festlandchina für wichtiger als die Bewahrung der demokratischen Werte Taiwans. Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit haben Taiwans

Präsidenten stets den demokratischen Konsens der Gesellschaft betont.

Taiwans Demokratisierung ging mit einer »Taiwanisierung« einher. 56% der Bevölkerung sehen sich heute als Taiwaner, 37% als Taiwaner und Chinesen und nur ein kleiner Prozentsatz ausschließlich als Chinesen.

Taiwans externe Menschenrechtspolitik

Taiwan ist de facto ein souveräner Staat, da es über ein eigenes Territorium, ein eigenes Volk und eine effektive Staatsgewalt verfügt. Allerdings ist Taiwan nur von 20 kleinen Staaten formal anerkannt und wird von der Volksrepublik China als Teil ihres Territoriums angesehen. Die allermeisten Staaten verfolgen eine »Ein-China-Politik« und erkennen wie Deutschland nur die Volksrepublik China offiziell an, auch wenn viele von ihnen informelle Beziehungen zu Taiwan unterhalten.

Aus diesem Grund verfügt Taiwan nur über sehr eingeschränkte Möglichkeiten, Demokratie und Menschenrechte auch außerhalb seines Territoriums zu fördern. Das Außenministerium hat keine eigene Menschenrechtsabteilung, die Entwicklungshilfe umfasst keine einschlägigen Programme. Mit Kritik an der Menschenrechtsbilanz ausländischer Regierungen hält sich die Inselrepublik zurück, denn sie kann es sich nicht leisten, ihre wenigen diplomatischen Verbündeten und andere Staaten vor den Kopf zu stoßen.

Trotzdem ist Taiwan die Förderung von Demokratie und Menschenrechten inner- und außerhalb des eigenen Staates wichtig. Das entspricht dem Selbstverständnis als »Musterbürger in der globalen Zivilgesellschaft«, wie sich Präsidentin Tsai in ihrer Antrittsrede ausdrückte, und dem Ideal des Staatsgründers Sun Yat-sen. Auch stärkt das Engagement des Landes für Menschenrechte seine Beziehungen zu den wichtigsten Verbündeten USA und Japan sowie der Europäischen Union. Zudem wünscht sich Taiwan ein demokratisches Festlandchina, da die unterschiedlichen politischen

Systeme das größte Hindernis für ein besseres Verhältnis darstellen.

Um für Menschenrechte einzutreten, nutzt Taiwan vor allem indirekte Wege, wie die Taiwan Foundation for Democracy. Die Stiftung wird zwar vom Außenministerium finanziert, arbeitet aber weitgehend unabhängig und verfügt über ein Jahresbudget von etwa vier Millionen US-Dollar. Die Stiftung fördert nicht nur Demokratie und Menschenrechte in Asien. Sie dient auch der internationalen Vernetzung, indem sie Projekte finanziert, Stipendien vergibt, wissenschaftliche Zeitschriften herausgibt und den Asia Democracy and Human Rights Award verleiht. Zudem hat Taiwan ein internationales Zentrum für Nichtregierungsorganisationen gegründet. Nach dem Willen der Regierung soll es das größte Zentrum für zivilgesellschaftliche Organisationen in Asien werden.

Bedrohung durch die Volksrepublik

Taiwan hat sich zu einer in vieler Hinsicht vorbildlichen Demokratie entwickelt. Doch die Volksrepublik China wirft ihren großen Schatten auf die kleine Inselrepublik. Unter Führung von Xi Jinping wird der Nachbarstaat autoritärer und nationalistischer. In seinen ersten fünf Jahren als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), Staatspräsident und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (und damit Oberbefehlshaber der Streitkräfte) hat Xi das Militär modernisiert sowie innerparteiliche Gegner und Oppositionelle gnadenlos verfolgen und inhaftieren lassen. Ein trauriger Höhepunkt war der Tod des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo am 13. Juli 2017 in chinesischer Haft.

Auf dem 19. Parteitag der KPCh im Oktober 2017 wurden die »Gedanken Xi Jinpings« in die Parteistatuten aufgenommen. Anders als früher üblich wurde beim Parteitag kein potentieller Nachfolger für Xi präsentiert. Zum einen macht ihn dies zum mächtigsten Staats- und Parteiführer seit Deng Xiaoping. Zum anderen könnte Xi planen, nach Ablauf seiner zweiten Amts-

zeit als Generalsekretär der KPCh 2022 weiter im Amt zu bleiben. Damit bräche er mit einer seit Mao Zedongs Tod 1976 etablierten Tradition. Xis politisches Ziel der »großen Wiederauferstehung der chinesischen Nation« schließt die Vereinigung mit Taiwan ein. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern zieht er dafür offenbar auch ein gewaltsames Vorgehen in Betracht.

Militärische Fähigkeiten, Nationalismus und soziale Kontrolle als Kern von Xis Ideologie, verbunden mit der Entscheidungsstärke des Staats- und Parteiführers, gefährden Frieden und Stabilität beidseits der Taiwanstraße. Beijings jüngste Provokationen nähren Furcht vor Krieg. So hat der Flugzeugträger der Volksrepublik kürzlich die Taiwanstraße durchquert und Kampfflugzeuge der Volksbefreiungsarmee umrunden regelmäßig die Insel. Anfang 2018 hat die Volksrepublik einseitig neue Flugrouten über der Taiwanstraße eröffnet. Sie liegen sehr nah an der bislang von beiden Seiten respektierten Demarkationslinie der Flug- und Seegebiete. Anscheinend will die Volksrepublik die Reaktionen Taiwans und der USA testen.

USA als Schutzmacht Taiwans

Die USA registrieren die militärische Bedrohung. Sie fühlen sich verpflichtet, Taiwan zu verteidigen, ohne jedoch zu spezifizieren, wie weit sie dabei gehen würden. In Zeiten einer republikanischen Administration und eines republikanisch dominierten Kongresses unterhalten die USA sehr gute Beziehungen zu Taiwan. Am 2. Dezember 2016, kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten der USA, hat Donald Trump einen Anruf der taiwanischen Präsidentin Tsai Ing-wen entgegengenommen. Damit hat er den ersten direkten Kontakt zwischen einem (designierten) US-Präsidenten und einem Staatsoberhaupt Taiwans seit fast 40 Jahren eingeleitet. Kurz darauf hat Trump aber die Ein-China-Politik der USA bestätigt und so die Volksrepublik vorerst beruhigt.

Der National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2018, der das Budget des US-

amerikanischen Verteidigungsministeriums enthält und im Dezember 2017 von Präsident Trump unterzeichnet wurde, stärkt ebenfalls das Bekenntnis der USA zu Taiwan. So werden dort eine Teilnahme Taiwans an militärischen Übungen der US-Streitkräfte und das Einlaufen amerikanischer Kriegsschiffe in taiwanische Häfen als Möglichkeiten aufgeführt, auch wenn das Pentagon diese Optionen wahrscheinlich nicht umsetzen wird. Nachdrücklicher als in früheren Nationalen Sicherheitsstrategien der USA bekräftigen diese ihre engen Beziehungen zu Taiwan auch in ihrer neuen Strategie vom 18. Dezember 2017. Allerdings zögert Washington, entschlossen auf die verstärkte Bedrohung Taiwans zu antworten. Trumps Vorgänger waren in diesem Punkt energischer. Nach chinesischen Drohungen anlässlich der ersten freien Präsidentschaftswahlen in Taiwan 1996 entsandte Präsident Bill Clinton Flugzeugträger in die Region. Präsident George W. Bush stellte 2001 klar, dass die USA Taiwan im Falle einer chinesischen Aggression verteidigen würden, und zwar »whatever it takes«.

Fazit

Eine militärische Konfrontation zwischen den Kontrahenten beidseits der Taiwanstraße könnte in einen Krieg der Volksrepublik mit den USA münden. Daher sollten Deutschland und die EU gegenüber Beijing regelmäßig ihren Wunsch zum Ausdruck bringen, dass der Konflikt um Taiwan friedlich beigelegt werden möge.

Was Taiwan selbst betrifft, sollten Deutschland und die EU die Fortschritte im menschenrechtlichen Bereich würdigen, auf Beibehaltung des Moratoriums für die Todesstrafe drängen sowie eine Diskussion auf der Insel über diese brutale Form der Strafe anregen. Mehr und bessere Informationen für die taiwanische Bevölkerung über dieses Problem wären ein wichtiger Schritt zur dauerhaften Abschaffung der Todesstrafe.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf andere SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuell werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364